

Ehrenamtliche Bürgermeister am Limit

Bürgermeister im Ehrenamt haben es schwer: Sie arbeiten viel und erfahren immer wieder Anfeindungen. Obwohl ihr Amt für die Demokratie eine wichtige Rolle spielt, mangelt es in vielen Kommunen an Unterstützung und Geld.

In über 6000 Gemeinden in Deutschland würde ohne sie vieles nicht richtig funktionieren: Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kümmern sich zusammen mit **Gemeinderäten** und Verwaltungen um Straßen, Schulen, Kitas oder die Müllabfuhr – und das neben ihrem eigentlichen Beruf. Aber wie geht es ihnen dabei? In einer Umfrage, die im Auftrag der Körber-**Stiftung durchgeführt** wurde, wurde die Situation von Kommunalpolitikerinnen und -politikern genauer **unter die Lupe genommen**.

„Die Ergebnisse sind ein deutliches **Warnsignal**“, sagt Sven Tetzlaff von der Körber-Stiftung. Etwa 70 Prozent der 1700 **Befragten** geben an, dass die finanzielle Situation in ihrer Gemeinde schlecht oder sehr schlecht ist. Nur noch ein Drittel ist mit den **Gestaltungsmöglichkeiten** vor Ort zufrieden. 2024 war es noch die Hälfte der Befragten. Fast 40 Prozent sagen außerdem, dass sie oder Familienmitglieder schon einmal wegen ihres Amtes beleidigt oder **bedroht** wurden. Manche haben deswegen bereits darüber nachgedacht, ihr **Amt niederzulegen**.

Hinzu kommt: Über ein Fünftel der Befragten findet, dass **demokratiefeindliche Tendenzen** zugenommen haben. In Deutschland gibt es immer weniger **Lokalzeitungen**, sodass weniger über die politische Arbeit in den Kommunen berichtet wird. Zwei Drittel der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehen auch darin eine große oder sehr große Gefahr für die Demokratie.

„Zunehmende **Polarisierung** setzt die Demokratie unter Druck. Das kommunalpolitische Ehrenamt braucht mehr Unterstützung“, findet Tetzlaff. Sonst könnte es schwieriger werden, Menschen für ein Amt in der Kommunalpolitik zu begeistern. Die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister arbeitet wöchentlich mindestens 20 Stunden für ihr Amt. Dafür wünschen sich die meisten mehr **Anerkennung** von den Regierungen ihres Bundeslands. Trotz der vielen Probleme gibt es auch positive Zeichen: 92 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger ihnen vertrauen.

Autor/Autorin: Marcel Fürstenau, Jolande Uhl

Glossar

ehrenamtlich – so, dass jemand ohne Gehalt für einen guten Zweck arbeitet
(Nomen: das Ehrenamt)

am Limit – umgangssprachlich für: so, dass man etwas macht, dabei aber nicht auf seine Grenze achtet oder achten kann und deshalb gestresst oder belastet ist

Anfeindung, -en (f.) – aggressives Verhalten gegenüber einer bestimmten Person

Kommune, -n (f.) – eine Stadt oder eine Gemeinde; die lokale Verwaltung

Gemeinderat, -räte (m.) – die politische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in einem Ort

Stiftung, -en (f.) – eine Organisation, die Geld für einen guten Zweck einsetzt

etwas durch|führen – etwas machen

etwas unter die Lupe nehmen – umgangssprachlich für: etwas genau untersuchen

Warnsignal, -e (n.) – ein Zeichen, das eine Gefahr anzeigt

Befragte, - (m./f.) – hier: jemand, der in einer Umfrage Fragen beantwortet hat

Gestaltungsmöglichkeit, -en (f.) – die Möglichkeit, Dinge aktiv zu verändern

jemanden bedrohen – hier: sagen, dass man jemandem Gewalt antun wird

ein Amt nieder|legen – offiziell von einer Position zurücktreten

Hinzu kommt: ... – am Satzanfang: Ein weiterer Punkt ist: ...

demokratiefeindliche Tendenz, -en (f.) – eine Entwicklung gegen die Demokratie

Lokalzeitung, -en (f.) – eine Zeitung, die über Ereignisse in einer Stadt oder Gegend berichtet

Polarisierung, -en (f.) – die Spaltung der Gesellschaft durch verschiedene Meinungen

Anerkennung (f., nur Singular) – hier: das Lob oder der Respekt für etwas